

<b>Protokoll:</b>	<b>Ausschuss für Klima und Umwelt des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart</b>	<b>Niederschrift Nr.</b>	59
		<b>TOP:</b>	5
<b>Verhandlung</b>		<b>Drucksache:</b>	282/2022
		<b>GZ:</b>	SWU
<b>Sitzungstermin:</b>	25.11.2022		
<b>Sitzungsart:</b>	öffentlich		
<b>Vorsitz:</b>	BM Thürnau		
<b>Berichterstattung:</b>	Frau Drautz (AfU)		
<b>Protokollführung:</b>	Herr Haupt / pö		
<b>Betreff:</b>	<b>"Vorstellung Luftbilanz" - mündlicher Bericht - Luftbilanz Stuttgart 2015 - 2021</b>		

Vorgang: Ausschuss für Klima und Umwelt vom 28.10.2022, öffentlich, Nr. 51  
Ergebnis: Vertagung

Beratungsunterlage ist die Mitteilungsvorlage des Referats Städtebau, Wohnen und Umwelt vom 14.10.2022, GRDRs 282/2022. Sie ist dem Originalprotokoll sowie dem Protokollexemplar für die Hauptaktei beigelegt.

Die zu diesem Tagesordnungspunkt gezeigte Präsentation ist dem Protokoll als Datei-anhang hinterlegt. Aus Datenschutzgründen wird sie nicht im Internet veröffentlicht. Dem Originalprotokoll ist sie in Papierform angehängt.

Frau Drautz (AfU) betont einleitend, die Luftqualität präge den Gesundheitszustand der Bevölkerung in vielen Städten. Die Weltgesundheitsorganisation habe im Jahr 2021 neue Luftqualitätsziele veröffentlicht, die schwerwiegende Gesundheitsfolgen abwen-den und ausschließen sollten. Die EU-Kommission habe darauf reagiert und erst im letzten Monat Vorschläge für neue, angepasste Grenzwerte mit dem Zieljahr 2030 vor-geschlagen. Die Witterungsbedingungen prägten sowohl den Gesundheitszustand als auch die Luftschadstoffkonzentration. Daraufhin berichtet Frau Drautz im Sinne der an-gehängten Präsentation.

StR Peterhoff (90/GRÜNE) betont, die Darstellung der Gesamtentwicklung durch Frau Drautz sei sehr interessant gewesen. In der LHS bestünden deutliche Verbesserungen

vor allem bei den Stickoxiden, die sich gegenüber 2016 nahezu halbiert hätten. Im Bereich des Feinstaubes liege eine ebenso positive Entwicklung vor. Es stelle einen Erfolg dar, dass seit 2018 die Feinstaubgrenzwerte und dass seit 2020 am Neckartor die Stickoxide eingehalten würden. Ab dem Jahr 2021 seien die Grenzwerte an allen Messstationen eingehalten worden. Allerdings müssten hierbei die Folgen der Coronapandemie berücksichtigt werden. Aus Folie 7 der Präsentation gingen die positiven Werte deutlich hervor, die die Stuttgarter Zeitung in der vergangenen Woche bereits mit dem Prognosewert am Neckartor für 2022 veröffentlicht habe. Am Neckartor sei als Erfolg der Maßnahmen herauszustellen, dass sich die Zahl der Fahrzeuge von rund 60.000 auf unter 50.000 verringert hätten. Allerdings habe sich die Anzahl der Fahrzeuge nach dem Tiefpunkt aufgrund der Coronapandemie erneut erhöht, wobei ein niedrigeres Niveau eingehalten werde. Der Stickstoffdioxidwert am Neckartor steige auf 50, nachdem dieser im Jahr 2021 bei 35 gelegen habe. Der in der Stuttgarter Zeitung veröffentlichte Prognosewert für das Jahr 2022 liege bei 37. Frau Drautz ergänzt hierzu, der Wert von 37 betreffe aktuell noch den gleitenden 12-Monatsmittelwert (d. h. von dem jetzigen Zeitpunkt 12 Monate zurückgemittelt). Es müsse allerdings berücksichtigt werden, dass bei Stickstoffdioxid die jahreszeitlichen Schwankungen nicht sehr groß seien. Daher sei tatsächlich von dem Wert von 37 Mikrogramm für das Jahr 2022 auszugehen.

Insgesamt liege zwar eine sehr positive Entwicklung vor, so StR Peterhoff, allerdings werde der Grenzwert nahezu erneut erreicht, da das Verkehrsaufkommen wieder zunehme. Falls nicht die massive Abnahme des Verkehrs aufgrund der Coronapandemie gewesen wäre, wäre nicht eine derartige positive Entwicklung bei den Messwerten zu verzeichnen gewesen. Durch einen gemeinsamen Kraftakt habe es die Stadt erreicht, die rote Laterne abzugeben. München habe früher alle Maßnahmen zur Luftreinhaltung ignoriert. Nun bestehe dort keine andere Möglichkeit, als Fahrverbote einzuführen. Dagegen habe Stuttgart frühzeitig sinnvolle Maßnahmen getroffen, wodurch die Messwerte gesunken seien. Mit Blick auf die Verkehrswende sei ein großer Erfolg erzielt worden. Es habe sich als richtig erwiesen, dass der damalige Oberbürgermeister Kuhn u. a. das Thema Feinstaubalarm zur Chefsache erklärt habe. Die CDU-Fraktion habe dies kritisiert, allerdings habe sich die gesamte Bürgerschaft mit dieser Thematik beschäftigt. Ebenso stellten die Maßnahmen wie Tempo 40 in der gesamten Innenstadt, die ÖPNV-Tarifreform sowie das Jobticket einen großen gemeinsamen Erfolg dar. Dennoch sollten weitere Maßnahmen ergriffen werden, da die Messwerte am Neckartor stiegen und lediglich leicht unter den Grenzwerten lägen. Zudem werde die EU die Grenzwerte weiter verschärfen, was in Bezug auf die Stickoxide ein Problem darstellen könne. Der Ozongrenzwert sei ebenso problematisch: Falls es im Sommer heiß sei und ein hohes Verkehrsaufkommen bestehe, befördere der Abfall der Stickoxidwerte die Ozonbildung.

Die Ausführungen von StR Peterhoff seien richtig, so StR Sakkaros (CDU), dass die damalige Bezuschussung des ÖPNV-Tickets bei den Unternehmen Porsche und Daimler im Zusammenhang mit dem Thema Feinstaub gestanden sei. Im Jahr 2022 werde es bei den Messwerten einen Peak geben, da der Verkehr wieder zunehme. Eine Reduzierung der Schadstoffwerte stehe u. a. im Zusammenhang mit der Erneuerung der Fahrzeugflotte. Nichtsdestotrotz bestehe ein Gerichtsurteil, welches im Fall eines Einpendelns oder Absinkens der Messwerte entsprechende Regelungen in Bezug auf die Fahrverbote beinhalte. Da bereits im dritten Jahr in Folge die Werte an allen Messstationen unter den Grenzwerten der EU lägen, stelle sich nun die Frage nach dem Aspekt der Fahrverbote. Dieses Thema sei Ländersache, und die Stadt müsse auf das Verkehrsministerium zugehen. Frau Drautz betont, die Messwerte bewegten sich im Grenzbereich. Daher wäre eine Aufhebung der Maßnahmen aus Sicht der Verwaltung

nicht empfehlenswert. Auch das Land verspüre zu einer derartigen Aufhebung keinen Antrieb.

StR Sakkaros betont, nicht alle Maßnahmen zur Luftreinhaltung wie die Tempo-40-Regelung hätten seine Fraktion erfreut. Die Tempo-40-Regelung führe zu einer Ausbremsung des Verkehrs. Ebenso habe der Wegfall der dritten Fahrspur am Neckartor dazu beigetragen, dass die aus Sicht des Stadtrats unglücklich aufgestellte Messstation etwas Distanz zur Fahrbahn erhalten habe. Eine Bundesstraße sei errichtet worden, damit sie eine gewisse Menge an Verkehr aufnehmen könne. Falls sie reduziert würde, sei dies sinnvoll, um die Messwerte abzusenken. Die Fahrverbote seien 2019 erfolgt, und aus der links auf Folie 6 der Präsentation dargestellten Tabelle werde deutlich, dass bereits 2017 und 2018 die Übersteigerung der Anzahl der jährlichen Überschreitungsstunden im Stundenmittel von  $200 \mu\text{g}/\text{m}^3$   $\text{NO}_2$  nicht oft gerissen worden sei. Auf seine Frage, ob zu diesem Zeitpunkt im Rahmen des Luftreinhalteplans bereits Maßnahmen ergriffen worden seien, betont Frau Drautz, der erste Luftreinhalteplan habe bereits im Jahr 1990 für die LHS vorgelegen. Die jetzt maßgeblichen Pläne seien 2005 etabliert worden. 2010 seien umfangreiche Maßnahmenpakete wie die grüne Plakette eingeführt worden und hätten einen maßgeblichen Beitrag zur Luftschadstoffverbesserung geleistet.

Nach Auffassung von StR Sakkaros habe die Erneuerung der Fahrzeugflotte mit sich gebracht, dass saubere Fahrzeuge in den Umlauf gelangt seien, die das Thema positiv beeinflusst haben. Bis die neuen Grenzwerte der EU vom Bund übernommen und hierzulande gelten würden, sei eine andere Sache. Hinsichtlich der Temperaturentwicklung sei der Referenzzeitraum von 1961 bis 1990 gewählt worden (Folie 2). Falls die Entwicklung bis zum Jahr 2021 fortgeführt worden wäre, wären weitere 30 Jahre den zuvorigen 30 Jahren gegenübergestellt worden. Es stelle sich die Frage, wie sich die Situation darstellen würde, falls ein derartiger Vergleich erfolgt wäre.

StR Dr. Jantzer (SPD) betont, Frau Drautz habe in ihren Ausführungen der Ozongehalt wachsende Sorgen bereitet. Er äußert die Bitte nach Darstellung möglicher Maßnahmen, die ergriffen werden könnten, um die EU-Grenzwerte einhalten zu können. Den Stadtrat interessiert in diesem Zusammenhang insbesondere die Prognose für die Zukunft. Es bestehe der Klimamobilitätsplan, der Net-Zero-Bericht und es finde eine Veränderung der Fahrzeugflotte statt. Er erkundigt sich, ob eine Prognose mit den jeweils angenommenen Werten erstellt werden könne und ob sie über die Eigenwirksamkeit der Stadt verändert werden könne. Schließlich müssten im Rahmen weiterer Umweltaspekte der Autobahn- sowie den Flugverkehr berücksichtigt werden. Aufgrund der Mobilität und des Reifenabriebs mit kleinen Partikeln werde das Thema Feinstaub auch zukünftig erhalten bleiben. Aufgrund des Rosensteintunnels sei der Verkehr an der Pragstraße zwar deutlich reduziert worden, allerdings befänden sich dort noch immer große Luftsaugleinrichtungen. In der Presse sei berichtet worden, auf diese Einrichtungen derzeit nicht verzichten zu können. Auf seine Frage, was diesbezüglich an der Pragstraße geschehen solle, betont Frau Drautz, ein Verzicht auf diese Anlagen werde eher in der Hohenheimer Straße in Betracht gezogen. Allerdings lägen zu diesem Thema keine neuen Aspekte vor. Die Verwaltung befürworte vorwiegend Maßnahmen, die an der Emissionsquelle direkt angriffen und keinen Energie- und Materialverbrauch mit sich brächten. Ebenso sollten die Maßnahmen keinen Stadtraum in Anspruch nehmen und keine zusätzliche Lärmquelle für ohnehin schon belastete Anwohner direkt vor deren Haustür darstellen. Insgesamt sei die Stadtverwaltung abhängig von der Entschei-

dung auf Landesebene und werde nicht für eine grundsätzliche Fortführung dieser Filtersäulen hinwirken.

Positiv zu begrüßen sei die Verbesserung der Messwerte, so StR Gottfried (Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei). Es sei ausgeführt worden, die EU plane niedrigere Grenzwerte als die Weltgesundheitsorganisation (WHO). So lege beispielsweise die WHO beim Feinstaub den Grenzwert auf 20 Mikrogramm/m<sup>2</sup> Luft fest und die EU setze den Grenzwert auf 40 Mikrogramm/m<sup>2</sup>. Daher sei es zu begrüßen, falls die EU den Grenzwert möglicherweise weiter senken würde. Im Jahr 2020 seien infolge des Feinstaubes 240.000 Tote zu beklagen gewesen. Daher müssten weitere Maßnahmen zur Luftreinhaltung unternommen werden. Wie von StR Peterhoff ausgeführt, habe die Coronapandemie in den Jahren 2020 und 2021 einen großen Einfluss auf die Messwerte mit sich gebracht. Auf seine Frage, wie die EU-Grenzwerte angepasst werden sollten, betont Frau Drautz, dieser Aspekt sei aktuell schwer abzuschätzen. Im letzten Monat habe die EU-Kommission einen Vorschlag unterbreitet, welcher jedoch erst verhandelt und danach zunächst in europäisches und in nationales Recht umgesetzt werden müsse. Es bestünden einige Werte, welche die WHO nicht direkt aufnehme, sondern erhöhe. Ein Zieljahr werde 2030 gesetzt, und der Wert werde statt auf 40 Mikrogramm/m<sup>2</sup> auf lediglich 20 Mikrogramm/m<sup>2</sup> vorgeschlagen.

StR Dr. Oechsner (FDP) betont, die Entwicklung der Messwerte unabhängig von der Bewertung der durchgeführten Maßnahmen sei sehr erfreulich. Es könne durchaus über den Begriff Feinstaub gestritten werden. Aussagen über die an Feinstaub verstorbenen Menschen seien sehr kritisch zu bewerten, da sie sowohl belegbar als auch widerlegbar seien. Allerdings seien Feinstäube und Ozon gesundheitsschädlich. StR Dr. Jantzer habe sich erkundigt, welche Maßnahmen gegen Ozon geeignet seien. Spaßeshalber betont hierzu StR Dr. Oechsner, man könne NO<sub>x</sub> als Katalysator für den Ozonabbau in die Atmosphäre blasen. Gründe für den Ozongehalt seien die erhöhten Temperaturen und die erhöhte UV-Einstrahlung. Als Gegenmaßnahme sei nach wie vor ein reduzierter CO<sub>2</sub>-Ausstoß geeignet. Ein Grund für die verbesserten Messwerte sei ein reduziertes Verkehrsaufkommen in der Nähe von mehreren Messstationen. Zum anderen sei ein Grund die schleppende, aber merkliche Erhöhung der Elektromobilität. Nachhaltigkeit könne durchaus auf andere Art und Weise definiert werden als über Elektromobilität mit Akkus. All diese Aspekte führten zu einer Absenkung der Schadstoffe. Falls die entsprechenden Maßnahmen fortgeführt würden, werde man dies laut dem ehemaligen Oberbürgermeister Kuhn "lokal schaffen". Die Elektromobilität werde oftmals als Allheilmittel beschrieben, was jedoch nach Ansicht von StR Dr. Oechsner nicht der Fall sei. In Bezug auf die Feinstaubwerte und die Nachhaltigkeit bringe Elektromobilität keinen allzu großen Effekt mit sich, da die Akku- und Abbauproblematik bestehe. Die Stadt solle sich daher der Thematik anderer Energieträger zuwenden und an den bisherigen Maßnahmen festhalten. Ein EURO-4-Dieselfahrzeug sollte nicht in der Stadt verkehren.

Es liege viel Potenzial in der Verflüssigung des Verkehrs in der Stadt, so StR Zaiß (FW). In diesem Zusammenhang sollten die Ampelanlagen entsprechend eingerichtet werden. Jedes Abbremsen und Anfahren eines Fahrzeugs benötige Energie und bringe eine Erhöhung des Feinstaubes und der Stickoxide mit sich. Auf den Aspekt einer sinnvollen und intelligenten Verkehrsplanung solle maßgeblich geachtet werden. Frau Drautz betont, in der Verwaltung bestehe zu diesem Aspekt ein kontinuierlicher Verbesserungsprozess. Tempo 40 liefere für die Verkehrsverflüssigung in Hinblick auf die Luftschadstoffe einen maßgeblichen Beitrag. An der Messstation Hohenheimer Straße sei vor einigen Jahren eine Temporeduktion eingeführt und ein umfassender Versuch, be-

gleitet von der Landesanstalt für Umwelt, durchgeführt worden. Durch die Geschwindigkeitsreduzierung hätten die Kurzzeitspitzen deutlich abgefedert werden können.

StR Köhler (AfD) betont, bei den Messwerten handle es sich um erfreuliche Zahlen. Man setze sich stets dem Vorwurf eines technischen Mitnahmeeffekts aus. Inwieweit dies der Fall sei, könne er nicht beurteilen, so der Stadtrat. Bei der weiteren Absenkung von Grenzwerten müsse Vorsicht geboten sein, da diese Absenkung entlang von Maßnahmen der Glaubwürdigkeit schade. Eine Absenkung von Grenzwerten sei zwar möglich, allerdings bestehe auch bei diesem Thema eine Art Grenznutzen. Die Ausführungen zu Studien mit Todeszahlen seien bereits zu Recht kritisiert worden.

In Bezug auf das mehrfach angesprochene Thema Ozon betont Frau Drautz, der Anstieg dieses gesundheitsgefährdenden Reizgases sei kritisch zu sehen. Diese Problematik sei mit einer lokalen Quellminderung nicht trivial in den Griff zu bekommen, da großräumige und andere Quellgruppen zu den Vorläufersubstanzen in der Atmosphäre führten, welche gerade in Hitzeperioden das Ozon entstehen ließen. Die Bandbreite sei hier deutlich größer, und die Landwirtschaft auch außerhalb Stuttgarts sei in diesem Bereich beispielsweise ein großer Verursacher für diese Vorläufersubstanzen. Eine Luftverbesserung sei das einzige sinnvolle Ziel. Eine langfristige Absenkung der Ozonwerte sei zwar möglich, aber dies sei nicht leicht zu bewältigen.

StR Rockenbauch (Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei) schlägt vor, zukünftig die möglichen Grenzwerte und WHO-Empfehlungen in den Folien darzustellen. Aus der Vergangenheit sei gelernt worden, dass sich Grenzwerte bis zu ihrer Gültigkeit verändern könnten. Dieses Wissen sei bereits zum jetzigen Zeitpunkt wichtig, um frühzeitig über Verkehrsverflüssigung, Temporeduzierung sowie die Förderung des Umweltverbundes zu verhandeln und nicht später mit Fahrverboten reagieren zu müssen. Dies solle früher umgesetzt werden, damit nicht die Bürgerschaft - wie schon in der Vergangenheit geschehen - sich den Gesundheitsschutz gerichtlich erkämpfen müsse.

Er habe die Ausführungen von Frau Drautz in der Art verstanden, so StR Sakkaros, dass bei NO<sub>x</sub> ein Grenzwert von 20 Mikrogramm bestehe. Frau Drautz korrigiert, es handle sich um einen Grenzwert von NO<sub>2</sub> im Jahresmittelwert und nicht um einen NO<sub>x</sub>-Grenzwert. Es müsse jedoch berücksichtigt werden, dass es sich zunächst lediglich um einen Vorschlag der EU-Kommission vom vergangenen Oktober handle. StR Sakkaros verweist auf Pläne der WHO, den Grenzwert auf lediglich 10 Mikrogramm abzusenken. Auf den Internetseiten der Landesanstalt für Umwelt Baden-Württemberg (LUBW) seien die Messstationen im Südschwarzwald und auf der Schwäbischen Alb aufgeführt, und es handle sich daher um ländliche Hintergrundmessungen. Eine Messstation habe einen Maximalwert von 0 Mikrogramm aufgezeigt, die andere 6 Mikrogramm. Der Mittelwert von "eine-Stunde-aktuell" beginne in Tübingen bei 14 Mikrogramm und in Baden-Baden ende er bei 18 Mikrogramm, da er in Schramberg bei 18 Mikrogramm liege. Selbst falls alle Verbrennermotoren abgeschafft würden, würden sich die Werte nicht ändern.

StR Peterhoff ergänzt, die Automobilhersteller hätten nach der neuen Abgasklasse die Hälfte der Messwerte erreicht. Neben der Verkehrsabnahme sei der Austausch der Flotte der Hauptgrund bei der Abnahme der NO<sub>x</sub>-Werte. Beim Euro-5 hätten die Hersteller extrem getrickst und die Werte seien um ein Vielfaches als der erlaubte Grenzwert erhöht gewesen. Falls dieser Trick nicht angewendet worden wäre, wären die Messwerte wesentlich rascher gesunken. Die Abgasnorm Euro 6d zeige eine zügige Reduzierung

der Werte. Dies betreffe allerdings lediglich die Dieselflotte, so StR Sakkaros. Jegliche Verbrennung verursache NO<sub>x</sub> und NO<sub>2</sub>. Ein Benzinmotor oder eine Gastherme besitze keinen Reduktionsmechanismus (Selektive katalytische Reduktion - SCR KAT) wie sie ein Dieselmotor aufweise. Ein Teil der Schadstoffe werde durch den Verkehr in der Stadt verursacht und der andere Teil bringe die Wärme- und Energieerzeugung mit sich.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, stellt BM Thürnau Kenntnisnahme des Berichts durch den Ausschuss für Klima und Umwelt fest.

Zur Beurkundung

Haupt / pö

## Verteiler:

- I. Referat SWU  
zur Weiterbehandlung  
Amt für Umweltschutz
  
- II. nachrichtlich an:
  1. Herrn Oberbürgermeister
  2. *S/OB*  
*Strategische Planung*  
*S/OB-Mobil*  
*Klimaschutz*
  3. Stadtkämmerei (2)
  4. Amt für Revision
  5. L/OB-K
  6. Hauptaktei
  
- III.
  1. *Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN*
  2. *CDU-Fraktion*
  3. *SPD-Fraktion*
  4. *Fraktionsgemeinschaft Die FrAKTION*  
*LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei*
  5. *FDP-Fraktion*
  6. *Fraktionsgemeinschaft PULS*
  7. *Fraktion FW*
  8. *AfD-Fraktion*

*kursiv = kein Papierversand*